

die Lesart zu spezifisch und wird unter Adorno-Exegeten auf zu großen Widerstand stoßen. Dies ist aber überhaupt nicht als Kritik gemeint – im Gegenteil.

Tobias Albrecht

Flügel-Martinsen, Oliver, und Franziska Martinsen. *Politische Philosophie der Besonderheit. Normative Perspektiven in pluralistischen Gesellschaften.* Frankfurt/New York. Campus 2014.
177 Seiten. 29,90 €.

Wie die Wissenschaft insgesamt, so tut sich auch die normative politische Philosophie mit dem jeweils Besonderen schwer. Sie operiert mit Begriffen und zielt auf Allgemeines ab. Da die moderne Gesellschaft aber durch Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen gekennzeichnet ist, womit gewissermaßen ihr ‚Besonderungsgrad‘ steigt, stellt sich die Frage, welchen Beitrag zur normativen Orientierung politische Philosophie zu leisten vermag und was für einen Geltungsanspruch sie erheben kann.

Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinsen wollen mit ihrer Studie auf diese Frage eine Antwort geben und dabei die Grundlagen für eine „politische Philosophie der Besonderheit“ legen. Die beiden Autoren gehen von der Prämisse aus, dass die Moderne „konservativ pluralistisch verfasst“ (140) sei. Hieraus entsteht, so die zweite Prämisse, ein Bedarf an Orientierung, den die anvisierte politische Philosophie der „Besonderheit“ zu befriedigen hat. Die dritte Prämisse der Arbeit ist, dass in der Moderne hierarchische Konzeptionen von „Besonderheit“, etwa ständestaatlicher Art, überholt seien, da nämlich Gleichheit die Grundnorm der

Moderne bilde. Hieraus leiten die Verfasser eine politische Grundproblematik der Moderne ab, die zugleich die zu lösende Aufgabe der Untersuchung darstellt: Es gelte, legitime Ansprüche auf „Besonderheit“ mit legitimen Ansprüchen auf Gleichheit zu vermitteln. Im ersten Teil der Arbeit werden zunächst zwei ideengeschichtliche Konzeptionen von „Besonderheit“ diskutiert. Einerseits eine „hierarchische“ (Platon, Aristoteles), andererseits eine „romantische“ (Herder, E.T.A. Hoffmann und andere). Insbesondere der Abschnitt über die Romantik und die knappe Auseinandersetzung mit romantischer Literatur ist sehr gelungen, denn er präsentiert Texte, die bisher nicht hinreichend als Beitrag zum politischen Denken gewürdigt wurden. Er wirft allerdings die Frage auf, ob eine vertiefte Auseinandersetzung mit erzählender Literatur, insbesondere mit dem bürgerlichen Roman, dem Thema angemessener gewesen wäre.

Der zweite und umfangreichste Teil ist mit „Besonderheit in der politischen Philosophie der Gegenwart“ überschrieben, kann aber ebenfalls als Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens verstanden werden. Es werden dort, jedoch ohne Nennung der Auswahlkriterien, politische Theorien diskutiert, die meist der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstammen und unterschiedlichen Ansätzen der modernen politischen Philosophie und Theorie zuzurechnen sind (Liberalismus, Feminismus, Multikulturalismus, Anerkennungstheorie, Kommunitarismus, Deliberationstheorie, Neo-Republikanismus, Differenztheorie und Dekonstruktivismus). Adorno, mit seinem Begriff des „Nichtidentischen“ eigentlich ein hervorragender Denker des Beson-

deren, kommt in diesem Abschnitt überraschenderweise nicht vor. Obwohl man mit Blick auf einzelne Deutungen anderer Auffassung sein kann, erfolgt die Rekonstruktion der Texte trotz der gerafften Darstellung sehr gekonnt. Die Verfasser manövriren hier souverän durch Theoriediskussionen der letzten Jahrzehnte. Diese werden als ein politikphilosophischer Diskurs über das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem gelesen, bei dem am Ende das Differenzdenken die besseren Argumente auf seiner Seite habe. Unklar ist allerdings der Status der zentralen Kategorie der „Besonderheit“, da diese in den meisten Fällen keine Kategorie der untersuchten Texte ist, sondern eine Kategorie der Verfasser darstellt. Sie wird aber nicht definiert (und könnte, so die Autoren, auch nicht definiert werden. Man müsse sich mit der Rekonstruktion und Kritik von scheiternden Definitionsversuchen begnügen). Irritierend sind zudem die häufigen und zuweilen recht langen einführenden Erläuterungen. In einem Einführungsbuch wären diese durchaus am Platz. Aber ist es wirklich nötig, in einer Studie wie dieser Foucaults Machtbegriff oder Hannah Arendts Auffassung von Politik zu erläutern? Der dritte und abschließende Teil resümiert das Ergebnis der Studie. Die politische Philosophie der „Besonderheit“ habe von Bemühungen der Begründung Abstand zu nehmen und solle sich stattdessen, so die Verfasser im Anschluss an die dekonstruktivistische politische Philosophie, an Skinners Kontextualismus und an Tullys pluralistischen Neo-Republikanismus, der „Rekonstruktion von Machtkonstellationen und Deutungskontroversen“ (150) widmen. Es gelte, durch Institutionen und Diskurse vermittelte Hierar-

chien und Homogenisierungstendenzen mittels „erschütternder Befragung“ (156) in Frage zu stellen und nötigenfalls „Widerstand“ zu leisten. Was Letzteres konkret bedeutet, bleibt leider undeutlich. Das Ergebnis der Studie ist konsequent, aber mit Blick auf die Orientierungsaufgabe der politischen Philosophie einigermaßen ernüchternd. Die Verfasser sehen „in der Bereitschaft zum Perspektivenwechsel, in der Multiperspektivität und Offenheit“ (159) das wesentliche Charakteristikum der politischen Philosophie der „Besonderheit“. Diese sei anti-essentialistisch, und sie mache auf die Kontingenz normativer Kriterien und Theorien aufmerksam. Das trifft dann allerdings auch die normativen Kriterien der Verfasser, namentlich die „Vereinheitlichungsvermeidung“ und die „Hierarchieabwehr“ sowie das „Gleichbehandlungsgebot“ (148). Ihrem eigenen Anti-Fundamentalismus scheinen die Verfasser jedenfalls nicht so recht über den Weg zu trauen. Sie begreifen ihre normativen Kriterien nicht als Ergebnis einer kontingenten Wertentscheidung, sondern suchen bei einer gewagten soziologischen Annahme Zuflucht, der zufolge „der pluralistische und horizontale Charakter der Moderne sich in einer Art Normativität *ex negativo* sowohl gegen ein hierarchisches Verständnis von Besonderheit, [...] als auch gegen ein zu einfaches Verständnis von Gleichheit, dem die Gefahr der Homogenisierung innewohnt, sperrt“ (163).

Das Buch leistet eine Aufarbeitung jüngerer Debatten in der normativen Theorie nebst einigen ideengeschichtlichen Vorläufern mit Blick auf das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem. Im Gegensatz zu sinnverwandten Begriffen wie etwa dem des Multikulturalis-

mus bleibt der Begriff der „Besonderheit“ nach dem Ende der Lektüre dieser Studie aber schillernd – und erscheint als *moving target*.

Veith Selk

POLITISCHES SYSTEM DEUTSCHLAND

Bierling, Stephan. *Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart*. München. C. H. Beck 2014. 303 Seiten. 16,95 €.

Drei Heilige Kühe sind es, die sich Helmut Kohl in den Zusatzprotokollen des Amsterdamer Vertrags ratifizieren lässt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, staatliche Kirchensteuer und Sparkassenderrechte. Was immer Brüssel antaste, diese drei nicht! Solche Beobachtungen sind es, die Stephan Bierlings vieldiskutiertes Buch „Vormacht wider Willen“ zu einem Schatz machen und verdeutlichen, was dem Deutschen eigentlich wichtig ist, wenn er einmal politisch denken muss.

Der in Regensburg Internationale Politik lehrende und vom Verlag als „Professor des Jahres“ 2013 beworbene Bierling gliedert seine Darstellung der jüngeren deutschen Außenpolitik in die Phasen der Kanzlerschaften seit Kohl und ein Fazit. Hervorragend lesbar listet er Stationen Kohls, Schröders und Merkels chronologisch auf, kategorisiert seinen Stoff verlässlich und spart nicht mit sachlich nachvollziehbaren Wertungen, die er gleichwohl bevorzugt von anderen Autoren lehnt, um seine eigene, spürbar unionsnahe Neigung nicht auszustellen.

Das alles ist schlau und anschaulich gemacht. Es lohnt der Lektüre auch, da gerade die 1990er Jahre in einer Deutlichkeit hervortreten, die durch die Events der „Nuller Jahre“, durch US-Unilateralismus, Bürokratisierung und Finanzialisierung der Groß-EU und anderes mehr überlagert worden waren. So tritt die Sowjetunion bei *Bierling* wieder als ein zerfaserndes Imperium auf, dessen schlimmste Implosionswellen einzudämmen nahezu Bonner Staatsräson wurde. Der Übergang von der EG zur EU wird als politisches Kunstwerk erinnerlich, als riesige Leistung einer kriegsmüden Politikergeneration. Und der Außen- und EU-Politiker Kohl betritt *Bierlings* Bühne in beinahe jeder Szene als – man muss es so sagen: Lichtgestalt. Auf Kohls Wort war Verlass, Kohl genoss Vertrauen, Kohl harmonisierte. Das ist fraglos überzeichnet, zeigt aber, was Kohls Nachfolge alles nicht leistet.

Qualitativ stehen die Kapitel zu den Kanzlerschaften Schröders und Merkels (bis etwa Sommer 2014) dem ersten Hauptkapitel in nichts nach. Das politische Instinkttier Schröder wird mit Aufnahme der Kanzlerschaft in den Kosovokrieg geworfen und erlernt im Zuge der Berliner Zentralisierung, was der Bonner Republik stets abging: den Reiz des starken Auftritts. Der Appeal markiger Worte führt das Land, nachdem es in den „Afghanistan-Einsatz“ gestolpert war, in ein transatlantisches Zerwürfnis. Man weiß einmal mehr nicht recht, ob es Schröder ist, der vor Kraft nicht laufen kann, oder ob es am Land liegt, dessen Kanzler er war. Deutlich wird, dass Schröders BRD nationale Interessen markiert. Von Kriegsfragen über Wirtschafts- und EU-Erweiterungspolitik bis zu Schröders befremdlichem Hang für bi-